

Die Ergebnisse der Wahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
II.	Das Parteien- und Wahlsystem in Sachsen-Anhalt.....	4
	a) Das Parteiensystem in Sachsen-Anhalt bis zur Landtagswahl 2011	4
	b) Das Landtagswahlergebnis 2011 als möglicher Ausdruck einer Stabilisierung im Wahlverhalten	5
	c) Perspektiven rot-roter Landespolitik in Sachsen-Anhalt.....	9
	d) Das Wahlsystem Sachsens-Anhalts.....	11
III.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	12
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“	12
	b) Keine ausgeprägte Wechselstimmung trotz mehrheitlicher Unzufriedenheit mit der Landesregierung	13
	c) Parteienkompetenzen.....	14
	d) Koalitionspräferenz / Persönlichkeitsbewertung.....	16
	e) Die wichtigsten Probleme in Sachsen-Anhalt / Wahlentscheidende Themen.....	17
	f) Wahlbeteiligung.....	19
IV.	Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen	20
	a) Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt	20
	b) Auswirkungen auf den Bundesrat.....	22
	c) Die Wahl in Sachsen-Anhalt: Kein Stimmungstest für den Südwesten oder den Bund	23
V.	Erste Analyse der Wahlergebnisse.....	24
	a) Die Wähler/-innenwanderung	24
	b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Arbeitslosigkeit	24
	c) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Anteil der Wahlbeteiligung	25
	d) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Anteil der Einwohnerdichte	25
	e) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Altersgruppen	26
	f) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Tätigkeit.....	26
	g) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Geschlecht	27
	Anlage I: Das Ergebnis in den Wahlkreisen.....	28
	Anlage II: Das Ergebnis in den Kreisfreien Städten und Kreisen	30
	Wahlbericht / Die Autoren / Vorbehalt.....	31

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Die **Wahlbeteiligung** bei der Landtagswahl 2011 lag mit 51,2% höher als bei der vorangegangenen Landtagswahl. Das war nach den Vorwahlbefragungen nicht zu erwarten. Noch im Vorfeld der Landtagswahl gingen 52% der von Infratest-dimap befragten Wahlberechtigten im Land davon aus, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2006 nochmals sinken würde.¹ Die These, dass die japanische AKW-Katastrophe Wähler/-innen zur Stimmabgabe motiviert habe, überzeugt nicht.

Dass der Aufruf, mit einer Wahlbeteiligung den Einzug der NPD verhindern zu können, motiviert habe, ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn dazu bislang keine empirischen Erkenntnisse vorliegen. Tatsächlich ist es gelungen, den Einzug der **NPD** in den Magdeburger Landtag zu verhindern. Gleichwohl bleibt ein Stimmenanteil von 12% für die rechtsradikale Partei bei den unter 30jährigen Wählern und Wählerinnen ein deutliches Warnsignal an die demokratischen Parteien.

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20.03.2011

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2011					
			CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	Sonstige
Sachsen-Anhalt	%	51,2	32,5	23,6	21,5	3,8	7,1	11,3
	Sitze	105	41	29	26	0	9	0
Vorherige Landtagswahl								
Sachsen-Anhalt	%	44,4	36,2	24,1	21,4	6,7	3,6	8,1
	Sitze	97	40	26	24	7	0	0
Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl								
Sachsen-Anhalt	%	6,8	-3,7	-0,4	0,1	-2,8	3,6	3,2
	Sitze	+8	+1	+3	+2	-7	+9	0

Die **CDU** in Sachsen-Anhalt verliert 3,4 Prozentpunkte. Im Vergleich zu den Einbußen anderer CDU-Landesparteien ist das ein geringer Verlust. Die Christdemokraten bleiben die mit Abstand stärkste Partei in Sachsen-Anhalt.

Die Union gewinnt in 41 (2006: 40) von 45 Wahlkreisen das Direktmandat, wodurch auf die anderen Parteien insgesamt 14 Überhangmandate entfallen. Für die Bundes-CDU bringt das Wahlergebnis eine gewisse Erleichterung, da sie weiter den Ministerpräsidenten stellen könnte. Gleichwohl: Seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, hat die CDU nur in zwei Landtagswahlen leicht hinzugewonnen, in 17 weiteren aber zum Teil dramatisch verloren.

DIE LINKE verliert gegenüber 2006 Stimmenanteile, gewinnt aber absolut Stimmen hinzu. Sie konnte die CDU nicht, wie bei den Bundestagswahlen 2009, als stärkste Kraft im Land ablösen. Angesichts der Unterscheidungen, die die Sachsen-Anhalter traditionell zwischen der Bundes- und Landespolitik vornehmen, ist dies nicht weiter verwunderlich.

Eine Wechselstimmung zu Gunsten eines Ministerpräsidenten Wulf Gallert ist nicht entstanden. Im Gegenteil war dies die am wenigsten bevorzugte Regierungskonstellation im Land. DIE LINKE behauptete ihren Platz vor der SPD. Sie gewinnt wieder drei Direktmandate und aufgrund der Überhangmandate drei weitere Landtagssitze hinzu.

Nach der Wahl sieht sie sich, wie in anderen ostdeutschen Ländern auch, mit dem verabsolutierten Führungsanspruch der Sozialdemokratie in einer linken Regierungskonstellation konfrontiert.

¹ Vgl. Infratest-dimap, LänderTREND Sachsen-Anhalt, März 2011, www.infratest-dimap.de.

Die **SPD** verharrt bei ihrem Ergebnis von 2006. Sie verliert ein Direktmandat, gewinnt aufgrund der Überhangmandate aber zwei Landtagssitze hinzu. Obwohl Jens Bullerjahn unter den drei Ministerpräsidenten-Kandidaten die besten Werte erzielte, konnte seine Partei davon nicht profitieren. Die Personen bleiben in den Augen der Wählerinnen und Wähler immer Vertreter ihrer Parteien. Bullerjahn hatte sich vor der Wahl festgelegt, keinen Vertreter der LINKEN zum Ministerpräsidenten wählen zu wollen. Die Mehrheit der SPD-Wählerinnen und –Wähler sah das in den Umfragen vor dem Wahltag auch so.

Die **FDP** wird aus dem Magdeburger Landtag hinaus gewählt. Nach dem Erfolg in Hamburg bedeutet dies einen Rückschlag für die Führungsspitze, die am 20. Februar Wert auf die Feststellung legte, dass die Liberalen in allen sechzehn Landesparlamenten vertreten seien. Dieser Zustand hielt genau vier Wochen. Die Schicksalsfrage für die liberale Führung wird jedoch nicht an der Magdeburger Elbe, sondern am kommenden Wochenende zwischen Konstanz am Bodensee und Koblenz am Rhein beantwortet werden.

Das Scheitern der FDP dürfte Resultat der fehlenden Wechselstimmung im Land sein. Sie hatte keine Funktion in den Augen der Wähler/-innen.

Die **Grünen** ziehen erstmals seit 1998 wieder in den Landtag ein. Sie verdoppeln ihr Ergebnis von 2006 und schneiden besser ab als in den Vorwahlumfragen.

Die Ursachen hierfür werden in der Aktualität der Atomenergiefrage gesehen. Wenn dies zutreffen sollte, dann könnte sich im Einzug der Grünen der Wunsch nach einer Landespolitik und –regierung ausdrücken, die den in Sachsen-Anhalt vorsichtig begonnen Richtungswechsel in der Energiepolitik, der dort auch zu neuen Arbeitsplätzen geführt hat, konsequent und entschieden fortsetzt. Insofern stehen die Grünen in der Tat für den begrenzten Wunsch nach Veränderung und Wechsel.

Das Wahlergebnis insgesamt zeichnet sich **im Vergleich zu früheren Landtagswahlergebnissen** dadurch aus, dass eine amtierende Landesregierung erstmals weiter regieren könnte. Und es spricht im Hinblick auf die Wahlbeteiligung als auch das Wahlergebnis einiges für eine Stabilisierung des Parteiensystems in der Landespolitik. Große Verschiebungen zwischen den drei dominierenden Parteien hat es seit der Wahl 2002 nicht mehr gegeben (Vgl. dazu ausführlicher in Abschnitt II.b).

Welche **bundespolitischen Wirkungen** vom Sachsen-Anhaltinischen Wahlergebnis ausgehen, wird erst im Zusammenhang mit den kommenden Wahlergebnissen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ausgemessen werden.

II. Das Parteien- und Wahlsystem in Sachsen-Anhalt

a) Das Parteiensystem in Sachsen-Anhalt bis zur Landtagswahl 2011

Misst man das Kräfteverhältnis der Parteien anhand der bei den Landtagswahlen errungenen Ergebnisse, so lassen sich für Sachsen-Anhalt folgende Feststellungen treffen:

- Die drei parlamentarisch dominierenden Parteien sind CDU, SPD und LINKE, vormals PDS. Im Hinblick auf Mitgliedszahlen sowie Mandaten im Landtag und den kommunalen Mandaten bildet die CDU die stärkste Parteiorganisation in Sachsen-Anhalt. SPD und LINKE verfügen über eine einigermaßen vergleichbare organisatorische Kraft. Gleichwohl sind bei diesen drei Parteien, wie Holtmann unter Bezugnahme auf Infratest-dimap darlegt, weder Hochburgen noch Diaspora-Gebiete klar zu erkennen. „Sachsen-Anhalt ist im Hinblick auf das Wahlverhalten eine ‚Landkarte mit wenig Konturen‘ (es gibt) ‚bei den einzelnen Parteien nur ein geringes regionales Gefälle, die besten und die schwächsten Wahlkreise liegen nicht sehr weit auseinander und Partei-Hochburgen sind eher die Ausnahme‘.“² Es ist Ausdruck der spezifischen Strukturschwäche Sachsens-Anhalts, dass die Organisationsdichte der drei Volksparteien, gemessen an ihrer Rekrutierungsfähigkeit niedrig ist.
- Dies gilt im Besonderen für FDP und Grüne, die sich in der Risikozone nahe der 5%-Hürde bewegen. Anders als den Grünen gelang es den Freidemokraten in den vergangenen 20 Jahren zumindest drei Wahlperioden im Landtag und davon zweimal in der Landesregierung vertreten zu sein. Erreichte die FDP 1990 13,5% reduzierte sich dieser Wert in der darauffolgenden Landtagswahl auf 3,6%, um bei der Wahl 2002 auf erneut 13,3% anzuwachsen, sich vier Jahre später jedoch bereits wieder auf 6,7% zu halbieren. Den Grünen ist seit ihrem Ausscheiden aus dem Landtag nach dem Ende der zweiten Wahlperiode kein erneuter Einzug in den Landtag gelungen. Sie sind von allen demokratischen Parteien am schwächsten organisatorisch und kommunalpolitisch im Land verankert.

Tabelle: Landtagswahlergebnisse in Sachsen-Anhalt von 1990 bis 2006

Wahl	CDU		SPD		PDS/LINKE		FDP		Grüne		Sonstige <5%	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1990	39,0	48	26,0	27	12,0	12	13,5	14	5,3	5	-	-
1994	34,4	37	34,0	36	19,9	21	3,6	-	5,1	5	-	-
1998	22,0	28	35,9	47	19,6	25	4,2	-	3,2	-	DVU: 12,9	16
2002	37,3	48	20,0	25	20,4	25	13,3	17	2,0	-	-	-
2006	36,2	40	21,4	24	24,1	26	6,7	7	3,6	-	-	-

- Die für Ostdeutschland im Vergleich zu den westlichen Bundesländern insgesamt höhere Volatilität ist in Sachsen-Anhalt besonders ausgeprägt: „*Situative Unzufriedenheit mit der Performanz der Landespolitik und insbesondere mit der Arbeit der Regierenden werden folglich durch längerfristig wirksame Parteiloyalitäten, die als Puffer gegen den massiven und rapiden Entzug politischen Vertrauens bei Wahlen dienen könnten, nicht abgedeckt. (...) Der in der Bevölkerung weit verbreitete Unmut über die prekäre ökonomische Situation (...) und die daraus resultierende pessimistische Einschätzung der allgemeinen und individuellen Lebenslage schlagen mit einer von Wahl zu Wahl bislang steigenden Intensität ungefiltert auf das Wahlverhalten durch.*“³

² Everhard Holtmann 2007, Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 26. März 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/07, S. 58.

³ Everhard Holtmann 2008, Das Parteiensystem Sachsens-Anhalts, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, S. 424.

- Im Zusammenhang mit der ausgeprägten Volatilität steht das sogenannte latente Protestpotenzial. Der erhebliche Anteil derjenigen, die über ihr Wahlverhalten auch Protest ausdrücken wollen, ist kein Phänomen Sachsen-Anhalts, aber eben auch hier ausgeprägt vorhanden. Dies drückte sich insbesondere in der Landtagswahl von 1998 aus, als die Deutsche Volksunion mit knapp 13% und 16 Abgeordneten in den Landtag einziehen konnte. Ein Drittel der damaligen DVU-Wähler/-innen bejahte für sich den Zusammenhang zwischen Wahl- und Protestverhalten.⁴ Doch auch in den demokratischen Parteien wurde 1998 ein Protestwähleranteil von 12,0% für die FDP und 41,3% für die damalige PDS ermittelt.⁵ Wie Holtmann festhält, liefern die Daten zur Mobilisierung des Wahlvolks und zur regionalen Diffusion des Protestpotenzials bei Wahlen einen Teil der Erklärung *„für die auf den ersten Blick überraschende Tatsache, dass der spektakuläre Wahlerfolg der DVU von 1998 ein singuläres Ereignis geblieben ist und seither bei Landtagswahlen Protestparteien der extremen Rechten und des rechten Populismus (...) ein auch nur annähernd vergleichbares Ergebnis versagt blieb. (...) Zum einen fallen die Präferenzen wählender Protestwähler nicht automatisch an Protestparteien, sondern ‚streuen‘ über das gesamte Parteienspektrum. (...) Zum anderen macht die ausgeprägte Wahlmüdigkeit auch vor Protestparteien offenbar nicht halt, weil große Teile der Sachsen-Anhalter mittlerweile keiner Partei mehr zutrauen, die aktuellen und künftigen Probleme des Landes wirksam anzupacken.“*⁶
- Der Protestwahl-These von Holtmann muss mindestens ergänzend, die These der verfestigten rechtsextremen Einstellungen in der Wähler/-innenschaft hinzugefügt werden. Bereits 1999 verwies Schieren in seiner Auswertung der Landtagswahl von 1998⁷ auf eine empirische Untersuchung von Stöss/Niedermayer⁸, in der diese in West und Ost ein Wähler/-innenpotenzial von zwölf bis siebzehn Prozent mit latenten rechtsextremen Einstellungen vermuteten. Es ist also anzunehmen, dass bei den DVU-Wähler/-innen nicht dasjenige Drittel von besonderer Bedeutung ist, das aus Protest DVU wählte, sondern diejenigen zwei Drittel, die aufgrund einer rechtsextremen Einstellung sich für die Wahl dieser Partei entschieden. Mit den Worten von Schieren *„Zumeist ist es eine Kombination beider Motive (‘Protest‘ und ‚Überzeugung‘), die zur Manifestation der vorhandenen rechtsextremen Einstellung in einer Wahlentscheidung führt und das umso mehr, wenn die Beurteilung der wirtschaftlich-sozialen Lage derart negativ ausfällt wie in den neuen Bundesländern.“*⁹ Im Vorfeld der Landtagswahl 2011 ermittelte Infratest-dimap, dass 3% der Befragten sowohl im Februar als auch im März 2011 sich ihrer Wahlentscheidung für die NPD sicher waren, 7% antworteten im Februar 2011, dass sie „wahrscheinlich“ die NPD wählen würden, im März 2011 betrug dieser Wert 5%. Dass sie „wahrscheinlich nicht“ für die NPD stimmen würden gaben im Februar 2011 5% und im März 2011 7% an. Ein mögliches NPD-Wähler/-innenpotenzial betrug also zwischen 8% und 15%.

b) Das Landtagswahlergebnis 2011 als möglicher Ausdruck einer Stabilisierung im Wahlverhalten

Die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt haben in den vergangenen zwanzig Jahren unterschiedliche politische Konstellationen durch ihr Wahlverhalten ermöglicht und insofern „erprobt“. Bisher endete jede Landtagswahl mit einem Regierungswechsel. Wir differenzieren in den Wahlnachtberichten hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

⁴ Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425.

⁵ Vgl. Holtmann 2008, ebd.

⁶ Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425f.

⁷ Stefan Schieren 1999, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/99, S. 68.

⁸ Richard Stöss/Oskar Niedermayer 1998, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland im Frühsommer 1998. Arbeitspapier des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, FU Berlin, Berlin, zitiert in: Schieren 1999, ebd.

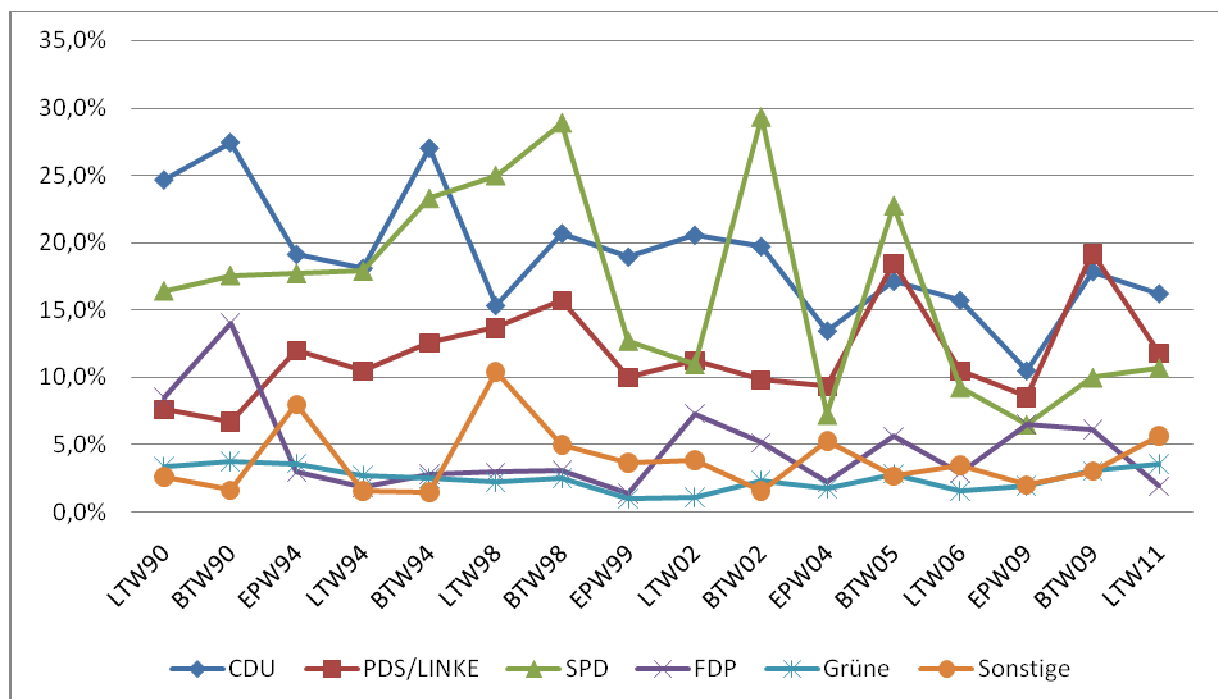
⁹ Schierer 1999, ebd.

- Einem vollständigen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem „kleinen Wechsel“, also dem Austausch einer der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatis der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

1994 und 2002 kam es zu großen politischen Richtungswechseln, 1998 und 2006 fanden kleinere Wechsel statt. Gleichzeitig unterschieden die Wählerinnen und Wähler wie in anderen, vor allem ostdeutschen, Ländern zwischen der Bundespartei und den Landesparteien. Besonders deutlich wurde dies 2002, als im März die SPD nur noch 20% erhielt, ihr Ministerpräsident Höppner abgewählt und die SPD erstmals hinter der Linken landete, und dann im September bei den Bundestagswahlen die SPD mit 43,2% der Stimmen wieder deutlich stärkste Partei wurde, gleichzeitig die PDS aber auf 14,4% einbrach. Die CDU erhielt als Regierungspartei im Land bei den Bundestagswahlen nur noch 24,1%, bei den Landtagswahlen 2006 sechs Monate später aber wieder 36,2%.

Die folgende Grafik zeigt die Wahlergebnisse seit 1990 in Sachsen-Anhalt unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung (gültige Stimmen in Prozent aller Wahlberechtigten)

Abbildung: Wahlen in Sachsen-Anhalt: Stimmen in von Hundert aller Wahlberechtigten



Quelle: Amtliche Statistik des Landeswahlleiters Sachsen-Anhalt / Eigene Zusammenstellung

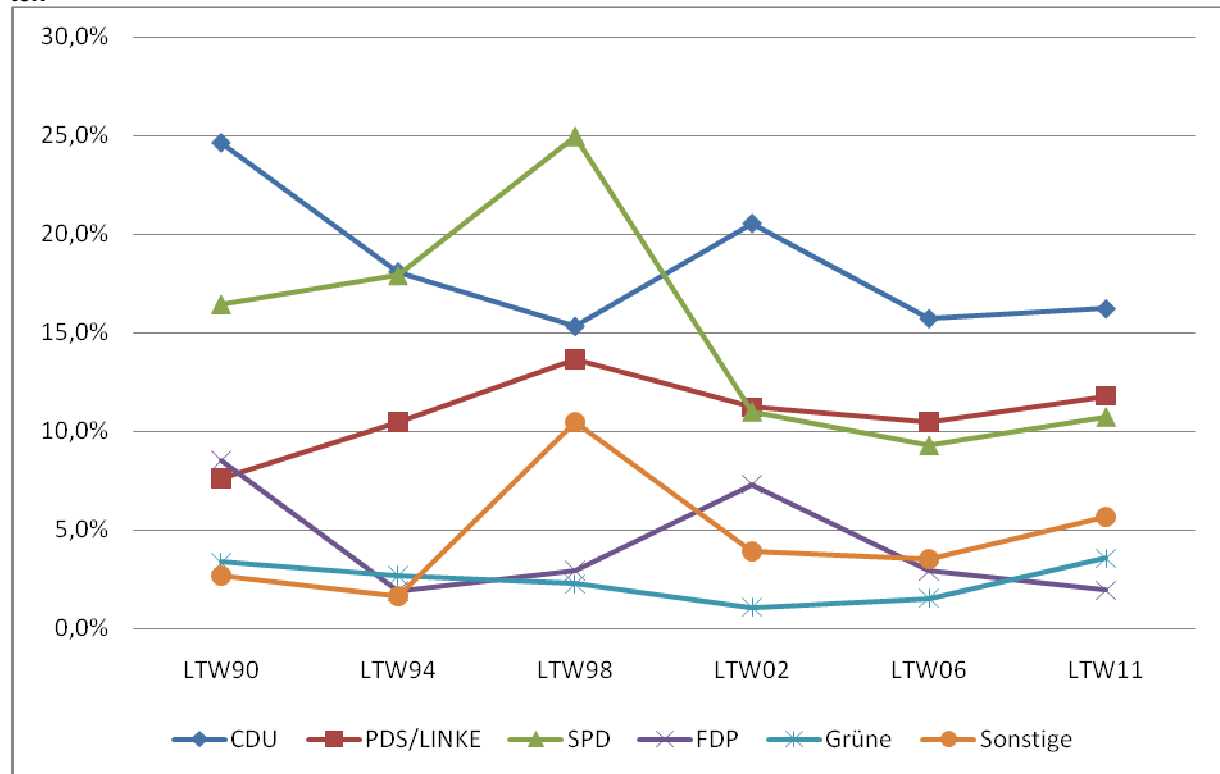
Vor diesem Hintergrund erscheint das Wahlergebnis 2011 als Resultat einer allmählichen Stabilisierung des Wählerverhaltens auf Landesebene.

Die Proportionen zwischen den drei großen Parteien haben sich kaum verschoben; die Grünen sind wieder im Landtag vertreten, die FDP dieses Mal nicht, die NPD konnte sich, anders als die DVU, nicht als Auffangbecken einer breiten Proteststimmung profilieren.

Die Wählerinnen und Wähler haben einer Landesregierung erstmals die Möglichkeit verschafft, weiter zu regieren. Die bekannten Umfrage-Werte deuten darauf hin, dass die Fortsetzung der „Großen“ Koalition keine Notlösung wäre, sondern vom Wahlvolk durchaus begünstigt.

Die folgende Grafik zeigt die Landtagswahlergebnisse in Sachsen-Anhalt seit 1990 unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung (gültige Stimmen aller Wahlberechtigten).

Abbildung: Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1990-2011: Stimmen in von Hundert aller Wahlberechtigten



Quelle: Amtliche Statistik des Landeswahlleiters Sachsen-Anhalt / Eigene Zusammenstellung

Wenn folglich der Begriff „Stabilität“ verwendet wird, ist darunter zu verstehen, dass die drei großen etablierten Parteien stabil zwischen 35% und 40% der Wahlberechtigten repräsentieren. Die politischen Veränderungen im Wahlverhalten drücken sich vor allem im Auf und Ab der kleineren Parteien aus.

Diese Annahme einer sich im Wahlverhalten ausdrückenden „Stabilität“ korrigiert die im Vorfeld der Landtagswahl wiederholt geäußerten Vermutung, dass es einen Widerspruch gäbe, zwischen der mehrheitlichen Unzufriedenheit mit der Landesregierung und der nur gering ausgeprägten Wechselstimmung in Sachsen-Anhalt (vgl. zu den erhobenen Daten den Abschnitt III.b).

Parallel zur „Stabilitätsthese“ kann eine weitere Annahme, die „These des gewachsenen Vertrauens“ formuliert werden: Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der im Landtag vertretenen Parteien in Sachsen-Anhalt ist insgesamt nicht hoch ausgeprägt. Mit anderen Worten: In den Augen der Wähler/-innen sind die Probleme des strukturschwachen und durch hohe Arbeitslosigkeit geprägten Landes so tiefgreifend, dass keiner Partei auf Landesebene tatsächlich zugetraut wird, nachhaltig zu ihrer Lösung beitragen zu können. Dies drückt sich in den über viele Jahre niedrigen Zufriedenheitswerten mit der Landesregierung aus. Damit eine Wechselstimmung für einen tatsächlichen Regierungswechsel (wie 1994 und 2002) entsteht, muss das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der jeweils amtierenden Regierung jedoch eine bestimmte Grenze unterschreiten. Mit 21% Zufriedenheit mit der Landesregierung, war diese Grenze 2002 unterschritten.

Ist diese Grenze nicht unterschritten, führt dies, wenn überhaupt, zu einem kleinen Wechsel, also dem Austausch oder Verlust des jeweils kleineren Koalitionspartners (wie 1998 und 2006).

Dies bedeutet: Zwar lag die Unzufriedenheit über die Landesregierung vor der Wahl höher war als die Zufriedenheit mit der Landesregierung, jedoch drückt sich darin – gemessen an den seit 1998 gemessenen Werten – kein massives Misstrauen, sondern vielmehr gewachsenes Vertrauen aus. Kurz: Das Kabinett Böhmer/Bullerjahn erreichte Zustimmungswerte, wie sie zuletzt 1998 eine Regierung in Sachsen-Anhalt verzeichnen konnte.

Tabelle: Zufriedenheitswert mit der Regierung und möglicher Regierungswechsel im Vergleich

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert	Regierungswechsel			Kommentar
			Vollständiger Wechsel	„Kleiner“ Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65%			X	
RP	2006	60%		X		
SL	2004	60%			X	
BW	2006	58%			X	
SN	2009	58%		X		
SN	2004	56%			X	
HE	2003	55%		X		
NI	2003	52%			X	
HH	2008	49%		X		
HE	1999	48%	X			
BY	2008	48%		X		
HB	2003	48%			X	
SH	2005	48%	X		X	Wechsel erst nach Simo-nis-Sturz
SL	2009	43%		X		
Bund	2009	43%		X		
TH	2004	41%		X		
NW	2005	41%	X			
TH	2009	40%		X		
HH	2004	39%	X			
HE	2009	39%			X	
HB	2007	38%	X			
BE	2006	38%			X	Grüne und LINKE Gleichauf
MV	2006	37%		X		
ST	2006	36%		X		
HE	2008	36%	X			Wechsel kam nicht zustande
BB	2004	35%		X		
NI	2003	34%	X			
Bund	2005	25%	X			

Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WahIREPORT, eigene Zusammenstellung.

Lässt sich damit generell ein Zusammenhang herstellen zwischen dem Entstehen einer Wechselstimmung und der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung? Die vorstehende Tabelle widmet sich diesem möglichen Zusammenhang.

In den ersten drei Spalten werden differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“.

Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gliederung (Land oder Bund) dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht, wiederum gegliedert nach vollständigem Wechsel, „kleinem Wechsel“ und keinem Wechsel.

Wie sich zeigt, kann das Entstehen einer Wechselstimmung nicht allein aus der Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierung erklärt werden. Damit eine Wechselstimmung entsteht und sich durchsetzen kann, bedarf es folglich mehrerer Faktoren. Der Verlust des Vertrauens in die Person des Ministerpräsidenten, wie z.B. in Thüringen im Jahre 2009, kann einen, die Wechselstimmung verstärkenden Moment erzeugen – und dennoch den Wechsel nicht garantieren, wenn die Parteien der möglichen Regierungsalternative keine Grundlage der Zusammenarbeit finden. So wie in Thüringen 2009 oder in Hessen 2008.

Darüber hinaus zeigt sich, dass das jeweils landespolitische Niveau der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit, das zu einem vollständigen Regierungswechsel bzw. einem „kleinen Wechsel“ beitragen kann, stark differiert.

c) Perspektiven rot-roter Landespolitik in Sachsen-Anhalt

Im Jahr 1994 startete in Sachsen-Anhalt die als „Magdeburger Modell“ in die bundesdeutsche Parteiengeschichte eingehende Tolerierung zuerst eines rot-grünen und ab 1998 rein sozialdemokratischen Minderheitenkabinetts durch die damalige PDS, die heutige LINKE.

Zu diesem Zeitpunkt war die SPD jeweils mit Abstand vor PDS und Grünen in den Landtag eingezogen, so dass sich die Frage nach der Führung im rot-rot-grünen Lager überhaupt nicht stellte und die sachsen-anhaltinische Sozialdemokratie die Souveränität besaß, trotz eingeschränkter Duldung bis hin zu offener Missbilligung seitens der Bundesparteiführung, mit den damals noch verfeimten „Postkommunisten“ eine Absprache zur Mehrheitssicherung einzugehen.

Seit der Landtagswahl 2002 streiten SPD und PDS/LINKE um den Platz 2 im Parteiensystem Sachsen-Anhalts, wobei die PDS/LINKE jeweils vor der SPD in den Landtag einzog.

Wie bei der Landtagswahl 2006 ergibt auch das Wahlergebnis 2011 zwei theoretische Möglichkeiten der Regierungsbildung: Ein Bündnis der SPD mit der CDU oder eine Regierungsbildung mit der LINKEN.

Die SPD hat letztere Möglichkeit ausgeschlossen, sofern damit die Wahl eines Ministerpräsidenten der LINKEN verbunden wäre. Sie steht damit in der Tradition entsprechender Positionierungen in Thüringen im Landtagswahlkampf 2009 und vor dem strategischen Dilemma, unter dieser Maßgabe in eine babylonische Gefangenschaft zur CDU zu geraten.

Eine solche Einschränkung der Souveränität führt in Koalitionsregierungen, die dem Wesen nach Institutionen stetiger Aushandlungsprozesse sind, dazu, dass die SPD in Konfliktsituationen faktisch über keine Eskalationsmöglichkeiten zur Durchsetzung eigener Ziele und Interessen verfügt, da sie glaubhaft keine Exit-Option formulieren kann, mit der sie die CDU unter Druck setzen kann.

Unabhängig von diesen machtpolitischen Argumentationen beschränkt sich die SPD zudem der Möglichkeiten, ihre wahlpolitischen Ziele durchzusetzen, bei denen, wie im Abschnitt III.

gezeigt werden wird, eine vielfache Übereinstimmung zwischen LINKEN-Anhänger/-innen und SPD-Anhänger/-innen besteht.

Gleichzeitig führt diese Situation jedoch auch mittelbar zu einer Beschränkung der Handlungsfähigkeit der LINKEN. Denn sowohl in Sachsen-Anhalt, in Thüringen als auch in Sachsen (wenn auch bislang nicht in mehrheitsfähiger Form) verfügt die LINKE über die größten Stimmenanteile im rot-roten bzw. rot-rot-grünen Lager.

Es wäre jedoch zu einfach, dieses Dilemma in altbekannter Weise auf den Vorwurf an die sozialdemokratische Parteiführung zu reduzieren, diese würde – über die Interessen ihrer Mitglieder hinweg gehend – die Chance auf einen Politikwechsel verspielen.

Es kann für Sachsen-Anhalt festgehalten werden, dass die SPD-Führung in ihrer Positionierung nicht nur von der Wählerschaft allgemein, sondern insbesondere von den sozialdemokratischen Wähler/-innen gedeckt ist.

Sowohl Infratest-dimap als auch die Forschungsgruppe Wahlen ermittelten, dass die Mehrheit der Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt eine Fortsetzung des Bündnisses aus CDU und SPD einem rot-roten Bündnis, unabhängig von der Führung durch LINKE oder SPD, bzw. einem rot-rot-grünen Bündnis vorzogen.

Tabelle: Koalitionspräferenz (in %)

CDU-SPD-Koalition		Rot-Rote-Koalition			Rot-Rot-Grüne Koalition*
Infratest-dimap	FGW	Rot-Rot*	SPD-LINKE**	LINKE-SPD**	
62	44	36	29	23	34

* = Infratest-dimap / ** = FGW. Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen; wahltool.zdf.de

Befragt von Infratest-dimap gaben die Anhänger/-innen der SPD in Sachsen-Anhalt mit 72% einem Bündnis mit der CDU den Vorzug gegenüber einer rot-roten Koalition (37%) oder einem Bündnis bestehend aus SPD, Grünen und der LINKEN (34%).

Dass ein Politikwechsel in Sachsen-Anhalt in Form eines Bündnisses aus SPD und LINKEN selbst dann, wenn die SPD in diesem Bündnis den Ministerpräsidenten stellen würde, in nicht unerheblichem Maße gegen den Willen der sozialdemokratischen Anhänger/-innen durchgesetzt werden müsste, zeigt ein Befragungsergebnis von Infratest-dimap. Zwei Drittel der sozialdemokratischen Anhänger/-innen halten es für besser, als Juniorpartner der CDU zu fungieren, statt eine Koalition mit der LINKEN zu bilden, selbst wenn dies für die SPD den Posten des Ministerpräsidenten bedeuten würde. Dass die SPD-Anhänger/-innen mit der Präferenz für die Fortsetzung ihrer Rolle als CDU-Juniorpartner oberhalb des Wertes aller befragten Wahlberechtigten liegen, könnte u.a. darin begründet sein, dass bei den Gesamtwahlberechtigten der Anteil mindestens der LINKEN-Anhänger/-innen als auch eines Teils von Personen enthalten ist, die zwar wahlberechtigt waren, aber nicht zur Wahl zu gehen beabsichtigten.

Tabelle: Wie sollte sich die SPD nach der Wahl verhalten? (in %)

Alle befragten Wahlberechtigten		Befragte SPD-Anhänger/-innen	
Als Juniorpartner die Koalition mit der CDU fortführen	Koalition mit der LINKEN bilden und Ministerpräsidenten stellen	Als Juniorpartner die Koalition mit der CDU fortführen	Koalition mit der LINKEN bilden und Ministerpräsidenten stellen
59	35	64	34

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Was ist nun aus dem frappierenden Bild zu schlussfolgern, dass

- SPD und LINKE nicht nur über weitgehend ähnliche wahlprogrammatische Festlegungen und Themensetzungen verfügen, sondern auch die Wähler/-innen eine ähnliche Vorstellung der wahlentscheidenden Themen äußern, aber
- die SPD nach Meinung von Wähler/-innen und Anhänger/-innen gleichwohl weiterhin eher mit der CDU als mit der LINKEN koalieren sollte?

Möglicherweise zeigt sich darin, dass es einerseits die Festlegung von Wahlzielen und programmatischen Interessen gibt und andererseits allgemeinpolitische „Befindlichkeiten“.

Die Größe der Schnittmengen ist bei den Wähler/-innen also gegebenenfalls ein hinreichender aber noch kein ausreichender Grund, um eine bestimmte Koalition zu präferieren.

Um die jeweiligen Wähler/-innen erfolgreich in eine Koalition „mitzunehmen“, müssen also jenseits politischer Ziele liegende Akzeptanzprobleme gelöst werden und nicht zuletzt das Verhältnis der sozialdemokratischen Parteizentrale zu ihrem verabsolutierten Führungsanspruch in einer rot-grünen, rot-roten oder rot-rot-grünen Konstellation. Es wäre zu wünschen, dass bis dahin Elefanten dem Porzellanladen ferngehalten würden...

d) Das Wahlsystem Sachsen-Anhalts

Seit Beginn der nun auslaufenden und erstmals fünf Jahre betragenden 5. Wahlperiode (2006) besteht der Landtag aus mindestens 91 Abgeordneten. Davon werden 45 Sitze in Einpersonwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben.

In den Wahlkreisen sind diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die die relative Mehrheit der abgegebenen Erststimmen erzielt haben. Für die Verteilung der Gesamtmandate nach Verhältniswahlgrundsätzen werden von der Ausgangszahl von 91 Sitzen diejenigen Wahlkreissitze abgezogen, die von Kandidat/-innen errungen wurden, die keiner zugelassenen Landesliste angeschlossen sind oder deren Landesliste die Fünfprozenthürde verfehlt hat.

Diese verbleibende Sitzzahl wird auf die Parteien, die die Fünfprozenthürde überspringen konnten, nach dem Verfahren Hare/Niemeyer entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Land erreichten Zweitstimmenzahlen verteilt. Erhält hiernach eine Partei, auf die mehr als die Hälfte aller zu berücksichtigenden Zweitstimmen entfallen sind, nicht auch mehr als die Hälfte der zu vergebenden Mandate, so wird dieser Partei auf Kosten der anderen Parteien ein weiterer Sitz zugeteilt.

Von den so auf die Landesliste einer Partei entfallenden Sitzen werden die in den Wahlkreisen direkt errungenen Mandate abgezogen. Die verbleibenden Sitze werden entsprechend der Reihenfolge der Bewerber/-innen auf der Landesliste vergeben. Bewerber/-innen, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt.

Gewinnt eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, verbleiben diese Sitze der Partei. Die übrigen Parteien erhalten Ausgleichsmandate.¹⁰

¹⁰ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/landtage/sachsen-anhalt.htm>. Letzter Zugriff am 20. März 2011.

III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

In den „Sonntagsfragen“ zur Landtagswahl zeichnet sich seit dem Sommer 2010 eine leichte Veränderung ab. Die CDU sank auf 30% und lag in der zweiten Jahreshälfte 2010 und noch Anfang 2011 etwa gleichauf mit der LINKEN. Ab Mitte Januar stiegen die Werte für die Union, die Werte für DIE LINKE sanken, so dass die Aussichten, die CDU zu überholen, kaum noch bestanden. Gleichzeitig schmolz in den Umfragen der Vorsprung vor der SPD, so dass das Rennen um Platz zwei zur spannendsten Frage des Wahlausgangs wurde. Das Scheitern der FDP deutet sich in den Umfragen an, war aber keineswegs vorprogrammiert.

Im Licht der Wahlumfragen erscheint das Ergebnis der Grünen nicht als kurzfristige Eintagsfliege etwa in Folge der japanischen AKW-Katastrophe, wie am Wahlabend mehrfach nahegelegt. Vielmehr erreichten sie in den Umfragen seit der zweiten Jahreshälfte 2010 Werte von 7-9% - zwar deutlich unter ihren westdeutschen und bundesweiten Werten, aber alles deutete auf ein ordentliches Comeback in Sachsen-Anhalt hin.

Der Einzug der NPD wurde von allen Umfrageinstituten für möglich, ja zum Teil für wahrscheinlich gehalten. Dass sie es nicht geschafft haben, verdankt sich der gestiegenen Wahlbeteiligung und den Wählerinnen, bei denen die Partei nur rund 3% erzielte, während es bei den Männern rund 6% waren.

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 2006 bis 2011

		CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD/DVU	Sonst.
LTW 2006	26.03.2006	36,2%	24,1%	21,4%	6,7%	3,6%	3,0%	5,1%
IWD	11.11.2006	31,2%	19,8%	28,2%	5,6%	4,5%	4,5%	6,2%
Infratest	13.04.2007	35%	25%	24%	7%	4%	3%	2%
Infratest	14.05.2009	33%	25%	24%	7%	6%	2%	3%
Infratest	17.03.2010	34%	29%	20%	8%	5%	k.A.	4%
Emnid	25.08.2010	30%	27%	22%	5%	7%	k.A.	9%
Infratest	23.09.2010	30%	30%	21%	5%	9%	k.A.	5%
Infratest	20.01.2011	32%	28%	22%	5%	8%	3%	3%
Infratest	17.02.2011	32%	26%	23%	5%	7%	4%	3%
Emnid	20.02.2011	31%	27%	22%	4%	7%	5%	
Infratest	10.03.2011	33,0%	25,0%	24,0%	5,0%	5,5%	5,0%	3,0%
FGW	11.03.2011	32%	24%	24%	5%	5%	5%	5%
LTW 2011	20.03.2011	32,5%	23,6%	21,5%	3,8%	7,1%	4,7%	

Quelle: wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm; h.kahrs 2011

b) Keine ausgeprägte Wechselstimmung trotz mehrheitlicher Unzufriedenheit mit der Landesregierung

Das Institut Infratest-dimap hat zwischen März 2010 und bis eine Woche vor dem Wahltag insgesamt fünf Sachsen-AnhaltTRENDS veröffentlicht (März 2010, September 2010, Januar bis März 2011).

In allen als Sachsen-AnhaltTREND veröffentlichten Befragungen wurde deutlich, dass die Unzufriedenheit mit der Landesregierung größer als die Zufriedenheit ausfällt und auch die Bilanz der Landesregierung in vielen Politikfeldern eindeutig negativ gesehen wird. Dennoch folgt daraus in den Augen der Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt keine ausgeprägte Wechselstimmung. Es scheint also, als ob die Wähler/-innen zwischen Altmark und Harz keiner der im Land vertretenen Partei zutrauen, die vorhandenen ökonomischen und sozialen Probleme im Land besser als die Landesregierung lösen zu können.

Hinzu kommt, wie die nachstehende Tabelle zeigt, dass die Landesregierung des scheidenden Ministerpräsidenten Böhmer, auf eine vergleichsweise gute Bewertung blicken kann, obwohl mehr Wähler/-innen mit der Landesregierung unzufrieden als zufrieden sind. Um dies zu verstehen, ist es erforderlich, sich die Zustimmungswerte im Zeitverlauf anzuschauen.

Im März 2002 war nicht einmal jeder vierte Wahlberechtigte mit der Tätigkeit der Landesregierung zufrieden oder sehr zufrieden. erinnert sei hier an den „Rote-Laterne“-Wahlkampf von CDU und FDP gegenüber Reinhard Höppner, der letztlich erfolgreich war. Dennoch konnte die schwarz-gelbe Landesregierung vier Jahre später gerade einmal rund zwei Drittel der Wahlberechtigten überzeugen (36% waren zufrieden oder sehr zufrieden). Mit der Arbeit des ersten Kabinetts Böhmer waren hingegen 62% weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Landesregierung

Sachsen-AnhaltTREND	SPD-Allein-Regierung bis März 2002	CDU/FDP-Regierung bis März 2006	CDU/SPD-Regierung seit 2006		
			März 2007	Sept 2010	März 2011
Sehr zufrieden/zufrieden	21	36	33	38	45
Weniger zufrieden/gar nicht zufrieden	77	62	60	58	53

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

Ein Jahr nach der Landtagswahl verzeichnete das schwarz-rote Kabinett Böhmer Zustimmungswerte unterhalb derjenigen des schwarz-gelben Kabinetts. Erst drei Jahre später, im März 2010 konnte ein besseres Ergebnis als 2006 für schwarz-gelb durch Böhmer/Bullerjahn erzielt werden. Im September 2010 war, wie bereits festgestellt, die Zustimmung mit 45% zu 53% Unzufriedenheit zwar immer noch gering, lag jedoch um mehr als das Doppelte höher als beim zweiten Kabinett Höppner.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Parteianhänger/-innen, März 2010 (in%)

Parteianhänger/-innen von	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger zufrieden / gar nicht zufrieden
Gesamt	38	58
CDU	59	39
FDP	49	51
SPD	48	50
Grüne	37	61
LINKE	23	77

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

Befragt nach der Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Landesregierung auf verschiedenen Politikfeldern wird deutlich, dass bei dem in den Augen der Sachsen-Anhalter drängendsten politischen Problem, dem Abbau der Arbeitslosigkeit die Unzufriedenheit am stärksten ausgeprägt ist (72%), wenngleich der Wirtschaftspolitik mit 42% Zufriedenheit eine vergleichsweise gute Note gegeben wird.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Politikfeldern, Februar 2011 (in%)

	Eher zufrieden	Eher unzufrieden
Wirtschaftspolitik	42	50
Abbau der Schulden des Landes	28	56
Herstellung sozialer Gerechtigkeit	27	69
Schul- und Bildungspolitik	26	62
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	24	72

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

Im Sachsen-AnhaltTREND vom Januar 2011 schlüsselte Infratest-dimap die Zufriedenheit nach den die Landesregierung stellenden Parteien auf. Dabei wurde deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Böhmer-CDU größer als mit der Bullerjahn-SPD war.

Tabelle: Zufriedenheit mit der CDU bzw. der SPD in der Landesregierung, Januar 2011 (in%)

	Sehr zufrieden	Zufrieden	Weniger zufrieden	Gar nicht Zufrieden
CDU	2	35	43	16
SPD	1	29	43	22

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

Im Februar und im März 2011 befragte Infratest-dimap die Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt danach, wer die nächste Landesregierung führen sollte. Lag die SPD im Februar des Jahres noch gleichauf mit der CDU, konnten die Christdemokraten im März 2011 einen Vorsprung von 4% vor dem Koalitionspartner herausarbeiten. Die LINKE, die zwar die zweitstärkste Partei im Landtag war und ist, lag deutlich hinter den beiden Regierungsparteien.

Tabelle: Wer soll die nächste Landesregierung führen? (in%)

	CDU	SPD	LINKE	Spontan: Keiner der drei/weiß nicht
Februar 2011	34	34	14	15
März 2011	35	31	13	17

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

c) Parteienkompetenzen

Für die Sachsen-AnhaltTRENDS vom September 2010 und Januar 2011 erfragte Infratest-dimap die Kompetenzen der Parteien in den Augen der Wählerinnen und Wähler. Die CDU kann zwar in den sogenannten harten Themen, also bei der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Frage nach der generellen Problemlösungskompetenz ihre Rolle als stärkste Partei behaupten, verliert jedoch in allen erfragten Kompetenzfeldern im Schnitt um die vier Prozent. Im Vergleich zwischen März 2006 und März 2011 verliert auch die SPD in allen Themenfeldern um die ein bis zwei Prozentpunkte bzw. stagniert im Kompetenzfeld Arbeitsmarkt. Auch DIE LINKE. verliert in den Kompetenzzuschreibungen und zwar stärker als die SPD. Insbesondere im Kompetenzfeld soziale Gerechtigkeit liegt sie im März 2011

fünf Prozent hinter ihrem Kompetenzwert von 2006, während sie im September 2010 mit 27% zwei Prozentpunkte vor dem Ergebnis 2006 lag. Auch in der Bildungspolitik wird der LINKEN ein Kompetenzwert hinter dem Wert von 2006 zugebilligt.

Tabelle: Parteienkompetenzen – September 2010 (in%)

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	Keine Partei
Die Wirtschaft in ST voranbringen	41	5	19	5	1	27
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	35	7	23	2	3	28
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	21	18	27	6	4	22
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	14	27	29	3	4	20
Eine gute Umweltpolitik betreiben	12	5	10	1	54	16
Die wichtigsten Probleme in ST lösen	32	9	25	2	1	29

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

Tabelle: Parteienkompetenzen – Januar 2011 (in%)

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	Keine Partei
Die Wirtschaft in ST voranbringen	46	4	18	3	2	26
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	38	6	20	2	2	30
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	26	14	30	2	2	24
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	18	20	32	3	3	22
Eine gute Umweltpolitik betreiben	15	4	13	2	45	20
Die wichtigsten Probleme in ST lösen	33	8	22	1	2	33

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

Auch die Forschungsgruppe Wahlen befragte die Sachsen-Anhalter Wahlberechtigten, welche der drei großen Parteien ihrer Auffassung nach die im Land bestehenden Probleme am ehesten lösen könne.

Tabelle: Kompetenzen der Parteien CDU, LINKE, SPD im Vergleich der FGW (in%)

	CDU	LINKE	SPD	Keine Partei
Arbeitsplätze	36	8	19	17
Schule / Bildung	18	21	29	8
Zukunft	30	10	22	13
Wirtschaft	35	7	16	19
Situation der Familien	18	21	28	7
Verkehr	29	6	14	10

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen für ZDF; wahltool.zdf.de, 19:50 - hkahrs 2011

Wie schon bei Infratest-dimap zeigt sich auch bei den Erkenntnissen der FGW dreierlei:

- Die CDU dominiert sowohl in den Themenfelder Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaft bzw. Verkehr als auch bei der entscheidenden Frage, welcher Partei zugetraut wird, die Zukunft des Landes zu sichern. Bei der Bildungspolitik liegt sie hinter SPD und LINKEN, ebenso bei der Verbesserung der Situation der Familien.
- Erstaunlich ist, dass die LINKE bei allen Kompetenzfeldern hinter der SPD liegt und dennoch wiederholt die zweitstärkste Partei im Landtag stellt.
- Für die SPD könnte daraus die Schlussfolgerung gezogen werden, dass ihr zwar eine Funktion als Regierungspartei zugebilligt wird und sie insoweit als quasi natürlicher Teil einer Regierung für kompetent gehalten wird, sie in einem Bündnis mit der CDU aus dieser Kompetenz jedoch keinen Vorteil schlagen kann, sondern vielmehr auf dem Status als drittstärkste Partei verharrt.

Inwieweit sowohl LINKE als auch SPD in der Kompetenzzuschreibung der Wähler/-innen Sachsen-Anhalts zulegen würden, wenn sie gemeinsam eine Regierung bildeten, ließe sich nur feststellen, wenn beide Parteien einen Weg finden würden, das Wahlergebnis vom 20. März in diesem Sinne zu nutzen.

d) Koalitionspräferenz / Persönlichkeitsbewertung

Im Abschnitt III.b. wurde deutlich gemacht, dass bei dieser Landtagswahl keine Wechselstimmung vorherrschte, sondern vielmehr das Wahlergebnis als Ausdruck einer gewissen Stabilisierungsneigung interpretiert werden kann. Nachdem im vorhergehenden Abschnitt die Parteikompetenzen betrachtet wurden, ist es nunmehr von Interesse, sowohl die Koalitionspräferenzen als auch die Persönlichkeitswerte für die Spitzenkandidaten der drei großen Parteien in den Blick zu nehmen.

Sowohl Infratest-dimap als auch die Forschungsgruppe Wahlen ermittelten, dass die Mehrheit der Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt eine Fortsetzung des Bündnisses aus CDU und SPD einem rot-roten Bündnis, unabhängig von der Führung durch LINKE oder SPD, bzw. einem rot-rot-grünen Bündnis vorzogen.

Tabelle: Koalitionspräferenz (in %)

CDU-SPD-Koalition		Rot-Rote-Koalition			Rot-Rot-Grüne Koalition*
Infratest-dimap	FGW	Rot-Rot*	SPD-LINKE**	LINKE-SPD**	
62	44	36	29	23	34

* = Infratest-dimap / ** = FGW. Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen; wahltool.zdf.de

Während Infratest-dimap die Wahlberechtigten danach befragte, wie zufrieden sie mit der Arbeit der Spitzenkandidaten der drei großen Parteien sind, interessierte sich die FGW dafür, wen der drei Kandidaten die Wahlberechtigten gern als Ministerpräsidenten hätten. Darauf gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

In beiden Fragen schnitt Bullerjahn besser ab als der von der CDU vorgeschlagene Böhmer-Nachfolger Haseloff bzw. Wulf Gallert, der Spitzenkandidat der LINKEN.

Tabelle: Zufriedenheit mit den Spitzenkandidaten und Wunsch nach Ministerpräsident (in %)

	Bullerjahn (SPD)	Haseloff (CDU)	Gallert (LINKE)
Zufrieden mit der politischen Arbeit von*	60	54	30
Ich hätte gern als Ministerpräsidenten**	31	29	11

* = Infratest-dimap / ** = FGW. Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen; wahltool.zdf.de

Darüber hinaus erfragten beide Institute Meinungen zu vorgegebenen Persönlichkeitsbewertungen. Auch hier konnte Bullerjahn in einigen Feldern einen Vorsprung vor seinem CDU-Gegenkandidaten und dem Kandidaten der LINKEN verzeichnen. Gleichwohl gelang es Bullerjahn nicht, diese Persönlichkeitswerte in Stimmen für die SPD dergestalt umzuwandeln, dass daraus die Fähigkeit zum Führungsanspruch in einer Koalition entstünde.

Tabelle: Persönlichkeitsbewertungen der Spitzenkandidaten (in %)

	Bullerjahn (SPD)		Haseloff (CDU)		Gallert (LINKE)	
Ist sympathisch	67*	21**	59*	14**	37*	5**
Ist glaubwürdig	63*	13**	57*	13**	41*	6**
Ist führungsstark	63*		49*		31*	
Hat große Wirtschaftskompetenz	58*		59*		22*	
Verfügt über Sachverstand	12**		15**		3**	
Bringt das Land voran	13**		21**		4**	

* = Infratest-dimap / ** = FGW. Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen; wahltool.zdf.de

Generell gefragt, ob Bullerjahn oder Haseloff ein würdiger Nachfolger des scheidenden Ministerpräsidenten Böhmer wäre, sprachen sich gegenüber Infratest-dimap 46% der Befragten für den CDU-Kandidaten und 40% für den amtierenden Finanzminister der SPD aus.

e) Die wichtigsten Probleme in Sachsen-Anhalt / Wahlentscheidende Themen

An der Problempräferenz der Wahlberechtigten Sachsen-Anhalts hat sich in der Reihenfolge der Problembenennungen bei Infratest-dimap keine Veränderung zwischen März 2006 und dem Januar dieses Jahres ergeben. Allein die Intensität der Problembenennung hat abgenommen.

Tabelle: Die wichtigsten Probleme Sachsen-Anhalts – März 2006 / Januar 2011 (in%)

	März 2006	Januar 2011
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	89	68
Bildung / Schule / Ausbildung	20	15
Wirtschaftliche Situation	19	14
Familienpolitik / Kinderbetreuung	16	9
Soziale Ungerechtigkeit	7	8
Gesundheit	7	6
Abwanderung	7	5
Verkehr	1	5
Zu niedrige Löhne	5	5

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend

Festzustellen ist, dass im Vergleich zu Infratest-dimap die Forschungsgruppe Wahlen zu etwas anderen Ergebnissen kommt, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Die Ursache für diese Unterschiede können u.a. in einer anderen Form der Fragestellung begründet liegen oder darin, dass die FGW nur ausgewählte Antwortoptionen veröffentlichte, so dass es z.B. auch denkbar wäre, dass das Thema Wirtschaftliche Situation auf Platz 2 der Rangliste wichtigster Probleme auftaucht, nur das dieses Ergebnis eben nicht veröffentlicht wurde.

Tabelle: Die wichtigsten Probleme Sachsen-Anhalts – März 2006 / Januar 2011 (in%)

	März 2011
Arbeitsplätze	64
Bildung / Schule	17
Löhne / Mindestlöhne	9
Verkehr	8
Situation der Familien	7

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen für ZDF; wahltool.zdf.de, 19:50 - hkahrs 2011

Auch wenn das Thema Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt die Wähler/-innen in Sachsen-Anhalt immer noch am weitaus stärksten bewegt, hat dessen Bedeutung jedoch abgenommen. Dies lässt sich an zwei Indikatoren festmachen:

- Im März 2006 waren 89% der von Infratest-dimap befragten Wahlberechtigten im Land der Auffassung, dass Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt das wichtigste Problem sei. Im Januar 2011 vertraten 68% diese Auffassung und nach Angaben von Infratest-dimap im März 2011 sogar nur noch 65%, also insgesamt 24% weniger. Auch bei der FGW gaben 64% der Befragten an, dies sei das wichtigste Problem.
- Obwohl dieses Thema als das größte Problem im Land angesehen wird, liegt es bei den wahlentscheidenden Themen auf Platz 2 (59%). Mit 63% liegt die Bildungspolitik als wahlentscheidendes Thema auf dem ersten Rang. Es könnte auf dieser Grundlage die Annahme formuliert werden, dass sich in dieser Prioritätensetzung zwei Feststellungen der Wähler/-innen ausdrücken: Zum einen die Annahme, dass die zur Wahl stehenden Parteien nur eingeschränkt in der Lage sind, die Arbeitslosigkeit tatsächlich nachhaltig zu beheben und zum anderen, dass angesichts der Arbeitslosigkeit einer möglichst guten Bildung der Kinder und Jugendlichen eine entscheidende Bedeutung für die jeweilige Zukunftssicherung zukommt. Zumal die Gestaltungshoheit in der Bildungspolitik nachweislich bei den Ländern selbst liegt.

Tabelle: Wahlentscheidende Themen (in%)

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD
Die Wirtschaft in ST voranbringen	63	22	30	52	20	17
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	26	35	29	28	16	31
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	17	28	24	21	22	13
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	13	54	39	15	24	29

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Die vorstehende Tabelle zeigt, differenziert nach den Wähler/-innen der jeweiligen Parteien, die wahlentscheidenden Themen. Deutlich wird daraus zweierlei:

- Die Wähler/-innen der LINKEN liegen in der Benennung der für sie wahlentscheidenden Themen mit Ausnahme des Themenfeldes Wirtschaftspolitik insoweit „an der Spitze“, als die Intensität der Bedeutung dieser Themen am stärksten ausgeprägt ist.
- Die LINKE- und SPD-Wähler/-innen benennen im Wesentlichen die gleichen für sie wahlentscheidenden Themen in entsprechender Intensität. Die SPD liegt jeweils bei den Themen auf Platz 2, mit Ausnahme beim Themenfeld Arbeitsplätze, da hier die NPD-Wähler/-innen dem Thema eine höhere Bedeutung für die eigene Wahlentscheidung beimessen.

f) Wahlbeteiligung

Noch im Vorfeld der Landtagswahl gingen 52% der von Infratest-dimap befragten Wahlberechtigten im Land davon aus, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2006, als gerade einmal 44,4% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten, sinken würde. Dass die Wahlbeteiligung gegenüber 2006 ansteigen würde, glaubten hingegen 20%, während weitere 21% spontan davon ausgingen, dass die Wahlbeteiligung eher gleich bleiben würde.¹¹

Mit einer niedrigen Wahlbeteiligung wurde insbesondere angesichts des lange Zeit als Kuschelwahlkampf kritisierten Ausbleibens einer klaren parteipolitischen Polarisierung und aufgrund gering ausgeprägter Wechselstimmung gerechnet.

Tabelle: Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (in%)

1990	1994	1998	2002	2006	2011
65,1	54,8	71,5	56,5	44,4	51,2

Quelle: Eigene Zusammenstellung

¹¹ Vgl. Infratest-dimap, LänderTREND Sachsen-Anhalt, März 2011, www.infratest-dimap.de.

IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen

a) Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Tabelle: Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

	Landtagswahlergebnis		Veränderung	
	2006	2011	Absolut	relativ
CDU	326.721	322.415	-4.306	-1,3%
PDS/LINKE	217.295	234.465	17.170	7,9%
SPD	192.754	213.231	20.477	10,6%
FDP	60.209	38.120	-22.089	-36,7%
Grüne	32.117	70.798	38.681	120,4%
Sonstige	73.158	112.516	39.358	53,8%
Gültige Stimmen	902.254	991.545	89.291	9,9%
Wahlberechtigte	2.078.569	1.988.464	-90.105	-4,3%

Quelle: h.kahrs 2011, 20./21.3.2011

Die CDU bleibt die stärkste Partei im Magdeburger Landtag. Die CDU siegte in 41 (statt 40) Direktwahlkreisen. Dadurch ergaben sich für die anderen Parteien 14 (statt 6) Überhangmandate. DIE LINKE siegt in 3 (3) Wahlkreisen, die SPD in 1 (2). Aufgrund der Überhangmandate erhöht sich die Anzahl der Landtagssitze auf 105, so dass auch LINKE und SPD Sitze hinzugewinnen. Bullerjahn und Haseloff gewinnen ein Direktmandat, Gallert nicht.

Tabelle: Anteil an den gültigen Stimmen und Mandate

Stimmanteile	LTW06	LTW11	Veränderung	Mandate	2006	2011	Veränd.
CDU	36,2%	32,5%	-3,7%	CDU	40	41	1
PDS/LINKE	24,1%	23,6%	-0,5%	LINKE	26	29	3
SPD	21,4%	21,5%	0,1%	SPD	24	26	2
FDP	6,7%	3,8%	-2,9%	FDP	7	0	-7
Grüne	3,6%	7,1%	3,5%	Grüne	0	9	9
Sonstige	8,1%	11,3%	3,2%	Gesamt	97	105	8

Quelle: h.kahrs 2011, 20./21.3.2011

CDU und FDP verlieren gegenüber 2006 trotz gestiegener Wahlbeteiligung auch absolut an (Zweit-)Stimmen, die anderen Parteien gewinnen hinzu, am stärksten die Grünen. Die höhere Wahlbeteiligung verdankt sich je zur Hälfte einer gewachsenen Zahl von WählerInnen und einer gesunkenen Zahl von Wahlberechtigten.

SPD und LINKE liefern sich weiter ein Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz zwei. DIE LINKE hält die SPD dabei erneut auf Abstand, aber die Zahl der Wahlkreise, in denen die SPD die LINKE überholt, hat leicht zugenommen. Beide Parteien sind bei den unter 30jährigen WählerInnen schwach. DIE LINKE bleibt deutlich stärkste Partei bei Arbeitslosen und HartzIV-Beziehern.

Die **FDP** ist die Verliererin der Wahl. Sie wird außerparlamentarisch im Heimatland von Hans-Dietrich Genscher.

Die **Grünen** sind zweifellos die Gewinner dieser Wahl. Sie ziehen wieder in den Landtag ein, erreichen ein beachtliches Ergebnis, in den kreisfreien Städten zweistellig, und bestätigen, dass sich das bundesweite Umfragehoch in einem ostdeutschen Land trotz schwacher Organisationsstruktur auch in entsprechende Wählerstimmen ummünzen lässt.

Die **NPD** konnte an die vormaligen Wahlerfolge der DVU nicht nahtlos anknüpfen. Allerdings zeigen ihre Wahlergebnisse, dass sie im Harz und Burgenlandkreis in der Lage ist, die Sperrklausel deutlich zu überspringen. Sie findet ihre Wähler vor allem unter jüngeren arbeitslosen und arbeitenden Männern mit geringer formaler Qualifikation. Ihr Nichteinzug ist ein Anlass zu vorübergehendem Aufatmen, jedoch bleibt die NPD eine ernst zu nehmende außerparlamentarische Kraft.

Ähnliches lässt sich über die Freien Wähler sagen, die in einigen Wahlkreisen an die Sperrklausel heranreichten und in etlichen Wahlkreisen die FDP hinter sich ließen.

Tabelle: Ergebnisse Sachsen-Anhalt zu den Bundestags- und Landtagswahlen seit 2005

	BTW05	LTW06	BTW09	LTW11
CDU	357.663	326.721	362.311	322.415
PDS/LINKE	385.422	217.295	389.456	234.465
SPD	474.909	192.754	202.850	213.231
FDP	117.155	60.209	124.247	38.120
Grüne	59.146	32.117	61.734	70.798
Sonstige	56.284	73.158	62.074	112.516
Gültige Stimmen	1.450.579	902.254	1.202.672	991.545
Wahlberechtigte	2.088.108	2.078.569	2.028.572	1.988.464
Anteil Wahlberechtigte				
	BTW05	LTW06	BTW09	LTW11
CDU	17,1%	15,7%	17,9%	16,2%
PDS/LINKE	18,5%	10,5%	19,2%	11,8%
SPD	22,7%	9,3%	10,0%	10,7%
FDP	5,6%	2,9%	6,1%	1,9%
Grüne	2,8%	1,5%	3,0%	3,6%
Sonstige	2,7%	3,5%	3,1%	5,7%
Gültige Stimmen	69,5%	43,4%	59,3%	49,9%
Wahlberechtigte	100%	100%	100%	100%
Anteil gültige Stimmen				
	BTW05	LTW06	BTW09	LTW11
CDU	24,7%	36,2%	30,1%	32,5%
PDS/LINKE	26,6%	24,1%	32,4%	23,6%
SPD	32,7%	21,4%	16,9%	21,5%
FDP	8,1%	6,7%	10,3%	3,8%
Grüne	4,1%	3,6%	5,1%	7,1%
Sonstige	3,9%	8,1%	5,2%	11,3%

Quelle: h.kahrs 2011, 20./21.3.2011

Bei der Bundestagswahl 2005 gelang es der SPD letztmals, deutlich mehr WählerInnen zu gewinnen als bei der vorausgegangenen Landtagswahl. Seitdem gilt für CDU und SPD, dass sie einen relativ stabilen Teil der Wahlberechtigten mobilisieren können.

Für „Unruhe“ sorgt unter den drei großen Parteien allein noch DIE LINKE, die zu Bundestagswahlen deutlich besser mobilisiert als zu Landtags- oder Europawahlen. Hier ähnelt sich das Wahlverhalten eines Teils der Wählerinnen und Wähler der LINKEN in Ost und West sich: Sie haben eine ausgeprägte „Wertigkeit“ der Wahlen auf den verschiedenen politischen Ebenen herausgebildet. Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen haben für viele gar keine

Bedeutung mehr, aber noch die Bundestagswahlen. In westdeutschen Ländern macht dieser Unterschied etwa 50% der Bundestagsstimmen aus, in Sachsen-Anhalt etwa zwei Fünftel.

Im Ergebnis der Umbrüche im Wählerverhalten seit 2002 erreicht nunmehr die CDU etwa jeden sechsten Wahlberechtigten, die SPD jeden zehnten. Die Wählerbindung der LINKEN schwankt zwischen gut 10% bei Landtagswahlen (bei EP-Wahlen unter 10%) und knapp 20% bei Bundestagswahlen. Eine hohe Beweglichkeit der Wählerschaften zeigt sich zudem noch bei den kleineren Parteien. Sieht man vom Absturz der FDP ab, so ist DIE LINKE diejenige Partei, die ihr bei Bundestagswahlen vorhandenes Potential aus den oben angedeuteten Gründen mit dem geringsten „Wirkungsgrad“ in landespolitische Stärken umsetzen kann.

Tabelle: Anteile Wahlberechtigte

	LTW06	LTW11	Veränderung
CDU	15,7%	16,2%	0,5%
PDS/LINKE	10,5%	11,8%	1,3%
SPD	9,3%	10,7%	1,5%
FDP	2,9%	1,9%	-1,0%
Grüne	1,5%	3,6%	2,0%
Sonstige	3,5%	5,7%	2,1%

Quelle: h.kahrs 2011, 20./21.3.2011

Jedenfalls ging von dem Ministerpräsidentenwahlkampf keine besonders starke mobilisierende Wirkung aus bzw. traf er nicht auf eine entsprechende Bereitschaft in der Bundestagswählerschaft der LINKEN, auch einen LINKEN zum Ministerpräsidenten machen zu wollen.

b) Auswirkungen auf den Bundesrat

Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 verfügten Union und FDP im Bundesrat über keine Mehrheit mehr. Die von ihnen regierten Länder stellen seit der Hamburg-Wahl vom 20. Februar zusammen noch 31 der insgesamt 69 Stimmen.

Von CDU beziehungsweise CSU und FDP werden regiert: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein. Union und FDP fehlen im Bundesrat vier Stimmen, um ihre Gesetze durchzubringen. Selbst durch geschicktes Verhandeln und die Zusage einer regionalen Besonderheit ist es für die Bundesregierung schwer, ein Land mit vier Bundesratsstimmen zur Zustimmung zu bewegen.

Wegen der vielen verschiedenen Konstellationen wird aber das sogenannte linke Lager auch künftig keine eigene Mehrheit in der Länderkammer haben. Mit den Stimmen aus den rot-grün regierten Ländern Nordrhein-Westfalen (6), Bremen (3), den rot-roten Ländern Berlin und Brandenburg (jeweils 4) und den SPD-allein regierten Ländern Hamburg (3) und Rheinland-Pfalz (4) kommen SPD, Linke und Grüne zumindest bis zum kommenden Wochenende und der Wahl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf 24 Sitze.

Das „neutrale“ Lager hat bislang 14 Stimmen inne. Diese beruhen auf jenen vier Bundesländern, die von Parteien regiert werden, die sich im Bund als Konkurrenten gegenüberstehen: die CDU/SPD-Koalitionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die SPD/CDU-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern und das Jamaikabündnis an der Saar.

Ein Bündnis als SPD und LINKEN in Sachsen-Anhalt, das rechnerisch möglich ist, könnte das „neutrale“ Lager zugunsten des rot-rot-grünen Lagers um vier Sitze reduzieren. Würde Rheinland-Pfalz ab dem kommenden Wochenende rot-grün-regiert, würde sich nichts weiter ändern, während ein Regierungswechsel zugunsten von rot-grün bzw. rot-rot-grün in Baden-Württemberg dem rot-rot-grünen Lager sechs Stimmen zuführen würde. Gemeinsam mit

Sachsen-Anhalt würde dies 34-Stimmen für diesen Parteienblock ergeben. Eine tatsächliche rot-rot-grüne Alternative im Bundesrat zur schwarz-gelben Bundesregierung wäre auch dies nicht, doch es könnte – im Falle eines Regierungswechsels in Mecklenburg-Vorpommern eine rot-rot-grüne Blockademehrheit im Bundesrat ab dem Herbst 2011 ermöglichen.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg

Land	Stimmen	Schwarz -Rot Große Koalition	Rot- Schwarz	Schwarz -Gelb	SPD- Alleinre- gierung	Rot-Rot	Rot- Grün	Jamaika
BW	6			6				
BY	6			6				
BE	4					4		
BB	4					4		
HB	3						3	
HH	3				3			
HE	5			5				
MV	3		3					
NI	6			6				
NW	6						6	
RP	4				4			
SL	3							3
SN	4			4				
ST	4	4						
SH	4			4				
TH	4	4						
Gesamt	69	8	3	31	7	8	9	3
		11						

c) Die Wahl in Sachsen-Anhalt: Kein Stimmungstest für den Südwesten oder den Bund

Bereits bei der Hamburg-Wahl in diesem Jahr stellten wir im Wahlnachtbericht fest, dass ein Irrtum sei, anzunehmen, dass dieses Wahlergebnis bundespolitischen Erwägungen geschuldet sei oder gar einen Ausblick auf die kommenden Landtagswahlen erlauben würde.

Diese Bewertung trifft auch auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zu. Die Forschungsgruppe Wahlen formuliert diesbezüglich zutreffend:

„Als Vorab-Indikator für die Südwestwahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz oder gar Stimmungstest für den Bund ist Sachsen-Anhalt keinesfalls zu gebrauchen. Mit einer sehr eigenen Themenagenda, einer nichtpolarisierenden Ausgangslage nach einem ruhigen Wahlkampf sowie einer spezifischen politischen Landeskultur sind die Ergebnisse dieser Landtagswahl von sehr eigenen Kontextfaktoren geprägt.“¹²

¹² http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Sachsen-Anhalt/.

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wähler/-innenwanderung¹³

Im Saldo gewinnt die LINKE von der CDU (7.000), von der SPD (5.000), von der FDP (3.000) und von den Nichtwähler/-innen (30.000). Sie verliert zugleich an die Grünen (-2.000) und an andere Parteien (-2.000).

Bis auf die FDP gewinnen alle Parteien von den Nichtwähler/-innen: CDU 49.000; DIE LINKE 30.000; die SPD: 38.000; die Grünen 19.000; andere Parteien 8.000.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen (in Tsd.)

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	Nichtwähl.	Andere
CDU	-	-7.000	-9.000	2.000	-5.000	49.000	-4.000
LINKE	7.000	-	5.000	3.000	-2.000	30.000	-2.000
SPD	9.000	-5.000	-	5.000	-6.000	38.000	-2.000
FDP	-2.000	-3.000	-5.000	-	-1.000	0	-3.000
Grüne	5.000	2.000	6.000	1.000	-	19.000	0
Nichtwähl.	-49.000	-30.000	-38.000	0	-19.000	-	-8.000
Andere	4.000	2.000	2.000	3.000	0	8.000	-

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / Lesehilfe: In Zeile drei ist ablesbar, dass Die LINKE von der CDU 7.000 Stimmen erhält und an die Grünen Wähler/-innen verliert (-2.000).

b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Arbeitslosigkeit

Die nachfolgende Übersicht stellt dar, wie die Parteien in Gebieten mit unterschiedlich hohem Grad an Arbeitslosigkeit abgeschnitten haben.

Partei	Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU	31,8	32,1	33,9
LINKE	24,8	24,0	22,7
SPD	21,6	21,0	22,3
FDP	3,6	3,9	3,8
Grüne	5,4	7,7	6,7
NPD	6,1	4,3	4,7

Quelle: Infratest dimap für tagesschau.de, 21.3.2011, 02:00; hkahrs 2011

Es wurde in Abschnitt II.a. bezogen auf die drei großen Parteien deutlich gemacht, dass regionale Unterschiede keine spürbare Auswirkung auf das Abschneiden der Parteien haben. Dies zeigt sich an dieser Tabelle und dem Merkmal Arbeitslosigkeit und wird sich in den kommenden Tabellen in vergleichbarer Form fortsetzen. Allein bei der NPD ist, bezogen auf das Wahlergebnis feststellbar, dass diese Partei in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich abschnidet.

¹³ Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

Die Merkmale Ausländeranteil bzw. Anteil an Migrant/-innen wurde aufgrund der geringeren Relevanz z.B. zu den Stadtstaaten Hamburg und Berlin von Infratest-dimap nicht separat ausgewiesen und deshalb auch nachfolgend nicht dargestellt.

c) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Anteil der Wahlbeteiligung

Die Höhe der Wahlbeteiligung stellt ein weiteres Regionsmerkmal dar. Auch dabei wird zwischen Hoch, Mittel und Niedrig differenziert.

Partei	Wahlbeteiligung in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU	33,0	32,3	31,9
LINKE	21,9	24,1	25,8
SPD	21,2	21,8	21,3
FDP	3,8	3,9	3,7
Grüne	8,9	6,4	5,9
NPD	4,2	5,0	5,0

Quelle: Infratest dimap für tagesschau.de, 21.3.2011, 02:00; hkahrs 2011

Bei diesem Merkmal ist allein für die LINKE und die Grünen ein spürbarer Unterschied im Abschneiden feststellbar. Während für die LINKE die Zustimmung in den Gebieten mit insgesamt niedrigerer Wahlbeteiligung überdurchschnittlich ausfällt, können die Grünen dort überdurchschnittliche Ergebnisse verbuchen, wo die Wahlbeteiligung insgesamt hoch ist. Dies erlaubt einen Rückschluss auf unterschiedliche Sozialstrukturen der Parteien insoweit, als die Wahlbeteiligung gemeinhin in Gebieten niedrig ist, in denen die Einwohner/-innen sozial schlechter gestellt sind.

d) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Anteil der Einwohnerdichte

Die Einwohnerdichte ist für Flächenländer relevant, da sie den Unterschied zwischen den gemeinhin dünner oder dünn besiedelten ländlichen Räumen und den jeweils dichter bzw. dicht besiedelten urbanen Räumen beschreibt.

Partei	Einwohnerdichte in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU	29,4	33,8	33,6
LINKE	24,5	23,3	23,6
SPD	21,9	21,0	21,6
FDP	3,8	3,9	4,0
Grüne	10,2	6,0	5,7
NPD	3,9	5,0	4,9

Quelle: Infratest dimap für tagesschau.de, 21.3.2011, 02:00; hkahrs 2011

Sowohl CDU als auch Grüne zeigen bei diesem Merkmal spürbare Ausschläge im Zuspruch durch die Wähler/-innen, wenn auch indirekt proportional zueinander. Während die CDU in den urbanen Räumen mit einer hohen Einwohnerdichte unterdurchschnittlich gewählt wird, zeigen die Grünen in genau diesen Räumen, also den größeren Städten einen weit überdurchschnittlichen Zuspruch der Wähler/-innen. Dies ist kein Phänomen, das allein in Sachsen-Anhalt auftritt, sondern lässt sich – mit Ausnahme Berlins – auch in allen anderen ostdeutschen Ländern und mit weniger starken Ausschlägen auch in den westdeutschen Ländern nachweisen.

e) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Altersgruppen

Jahre / Merkmal	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne
18-24	24	17	16	4	9
25-34	30	17	16	5	11
35-44	31	20	18	4	11
45-59	32	27	18	4	7
60+	35	25	27	3	4

Quelle: Infratest dimap für tagesschau.de, 21.3.2011, 02:00; hkahrs 2011

unter 30	28	16	16	5	10
35-34	32	20	18	6	10
45-59	33	26	18	4	7
60+	34	26	28	3	4

Quelle: wahltool.zdf.de

Die drei großen Parteien können, je älter die Wähler/-innen werden an Zustimmung gewinnen. FDP und Grüne hingegen sind in der Gruppe der unter 30jährigen bis 44-Jährigen am stärksten vertreten. Die Grünen können in diesen beiden Gruppen überdurchschnittliche Ergebnisse verbuchen.

Fast den dreifachen Wert ihres Wahlergebnisses (12%) erreicht die NPD in der Gruppe der unter 30jährigen Wähler/-innen. Bei den 35-44-Jährigen erreicht sie einen immer noch überdurchschnittlichen Wert von 6 Prozentpunkten.

f) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Tätigkeit

Merkmal	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne
Hartz IV-Bezieher	14	40	14	3	8
Arbeitslose	15	35	19	3	8
Arbeiter	27	25	20	3	6
Angestellte	34	22	19	4	10
Selbständige	49	15	9	11	6
Rentner	33	26	29	3	3

Quelle: Infratest dimap für tagesschau.de, 21.3.2011, 02:00; hkahrs 2011

Arbeiter	30	26	22	3	5
Angestellte	32	24	23	4	7
Arbeitslose	17	28	16	3	8

Quelle: wahltool.zdf.de

Die LINKE schneidet sowohl in der Gruppe der Hartz IV-Empfänger/-innen als auch bei den Arbeitslosen am Besten ab, während die CDU in der Gruppe der Selbständigen überdurchschnittlich vertreten ist.

Tabelle: Stimmabgabe für die NPD nach Tätigkeiten

Institut / Merkmal	HartzIV-Bez.	Arbeitslose	Arbeiter	Angestellte
Infratest-dimap	11	9	11	k.A.
FGW	k.A.	10	7	3

Quelle: wahltool.zdf.de / Infratest dimap für tagesschau.de, 21.3.2011, 02:00; hkahrs 2011

g) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Geschlecht

Merkmal	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD
Männer	31	25	21	3	6	7
Frauen	34	22	22	4	8	3

Quelle: Infratest dimap für tagesschau.de, 21.3.2011, 02:00; hkahrs 2011

Männer	32	24	20	4	6	6
Frauen	32	23	22	4	7	3

Quelle: wahltool.zdf.de

Anlage I: Das Ergebnis in den Wahlkreisen

Die CDU gewinnt 41 von 45 Direktmandate, die LINKE erneut 3 (Salzwedel, Magdeburg I, Halle I) und die SPD 1 (Bullerjahn, WK Eisleben). Die CDU gewinnt bei den Zweitstimmen in allen Wahlkreisen außer in Halle I und Halle IV, wo DIE LINKE gewinnt. Die Grünen werden in drei Wahlkreisen (Magdeburg, Halle) zweistellig, erreichen in Halle II sogar 20%. Die FDP erreicht nur in sechs Wahlkreisen 5% und mehr, die NPD dagegen in 18 Wahlkreisen und in Nebra mit 8,4% ihr bestes Ergebnis.

WK		Vorläufiges Ergebnis 2011							Veränderung gegenüber 2006					
		Wahlbe- teiligung	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	Wahlbe- teiligung	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne
1	Salzwedel	50,3%	28,5%	28,4%	21,3%	5,0%	7,7%	3,7%	6,0%	-6,4%	1,3%	0,1%	-1,5%	4,7%
2	Gardelegen-Klötze	50,3%	32,3%	22,8%	23,7%	4,6%	7,1%	4,8%	5,2%	-5,3%	0,9%	0,7%	-1,9%	4,2%
3	Havelberg-Osterburg	51,5%	34,8%	27,4%	20,7%	2,7%	5,7%	4,2%	10,4%	-2,2%	1,3%	-0,7%	-2,8%	2,8%
4	Stendal	48,7%	33,9%	24,6%	22,1%	3,2%	6,1%	5,1%	10,3%	-4,2%	-0,1%	-0,6%	-1,9%	3,1%
5	Genthin	49,2%	34,9%	23,7%	22,9%	2,8%	5,6%	4,5%	8,6%	-2,6%	-1,2%	1,8%	-3,0%	2,6%
6	Burg	52,7%	35,7%	22,0%	22,7%	3,6%	5,8%	3,5%	6,0%	-5,2%	-0,1%	2,5%	-2,7%	2,8%
7	Haldensleben	49,7%	34,3%	22,0%	22,0%	3,6%	6,0%	5,1%	5,3%	-4,2%	-1,9%	1,1%	-2,3%	3,1%
8	Wolmirstedt	55,3%	37,9%	20,4%	19,9%	4,6%	6,3%	4,2%	8,2%	-2,4%	-1,1%	0,5%	-3,0%	3,1%
9	Oschersleben	47,6%	30,6%	23,1%	25,5%	4,3%	5,3%	5,2%	5,4%	-4,1%	0,1%	1,6%	-3,2%	3,0%
10	Magdeburg I	51,3%	26,4%	27,2%	24,5%	2,9%	7,8%	4,2%	8,1%	-4,1%	-2,2%	1,1%	-1,9%	3,6%
11	Magdeburg II	61,2%	30,0%	21,2%	23,3%	3,0%	13,8%	2,1%	9,8%	-3,2%	-1,2%	-1,0%	-3,0%	5,5%
12	Magdeburg III	55,7%	31,3%	23,3%	23,8%	3,0%	9,1%	3,6%	9,6%	-3,4%	-1,8%	0,8%	-2,2%	4,5%
13	Magdeburg IV	58,7%	31,1%	24,7%	24,4%	2,7%	8,3%	3,1%	10,2%	-3,8%	-1,6%	1,9%	-2,7%	3,5%
14	Halberstadt	48,5%	34,7%	24,8%	20,7%	3,0%	6,9%	4,3%	7,1%	-1,6%	-0,5%	-0,8%	-3,1%	3,3%
15	Blankenburg	51,7%	33,6%	22,3%	23,2%	3,2%	7,5%	5,4%	6,2%	-1,7%	-0,8%	-0,2%	-3,0%	4,4%
16	Wernigerode	55,2%	34,3%	20,6%	24,2%	3,1%	7,0%	5,5%	9,2%	-1,7%	-0,5%	1,2%	-2,9%	3,5%
17	Staßfurt	43,3%	32,8%	25,7%	18,8%	4,1%	4,6%	5,5%	5,3%	-3,0%	1,2%	-4,8%	-1,5%	2,6%
18	Aschersleben	50,1%	32,5%	25,7%	21,4%	3,1%	6,0%	4,6%	6,8%	-1,2%	-1,3%	-0,9%	-3,3%	3,1%
19	Schönebeck	49,3%	34,9%	23,1%	21,9%	4,0%	6,6%	3,9%	5,7%	-3,2%	-1,6%	2,6%	-2,1%	2,0%
20	Wanzleben	50,7%	34,3%	21,5%	20,9%	4,6%	4,8%	4,4%	4,7%	-3,3%	0,3%	0,7%	-3,1%	2,5%
21	Bernburg	47,7%	32,7%	25,7%	21,5%	3,9%	5,3%	5,3%	6,1%	-2,1%	0,6%	-1,3%	-3,5%	2,6%
22	Köthen	48,3%	30,8%	27,7%	20,0%	3,9%	5,0%	5,1%	4,1%	-4,1%	1,3%	-0,4%	-3,4%	2,5%
23	Zerbst	50,2%	33,3%	22,4%	20,8%	3,7%	5,9%	4,4%	4,6%	-1,5%	1,1%	-4,8%	-3,3%	2,9%

WK		Vorläufiges Ergebnis 2011							Veränderung gegenüber 2006					
		Wahlbe- teiligung	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	Wahlbe- teiligung	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne
24	Wittenberg	54,2%	42,8%	19,3%	18,3%	2,5%	5,1%	3,6%	6,8%	-2,9%	-0,7%	0,2%	-2,9%	2,2%
25	Jessen	52,8%	37,7%	22,7%	18,8%	3,7%	4,5%	5,0%	5,1%	-2,7%	0,1%	0,0%	-3,6%	2,3%
26	Dessau-Roßlau	53,6%	32,1%	24,9%	20,3%	3,1%	8,9%	3,8%	7,2%	-4,4%	-0,7%	-0,2%	-3,1%	4,4%
27	Dessau-Roßlau- Wittenberg	53,0%	33,5%	22,3%	19,7%	3,3%	8,7%	4,5%	5,9%	-6,1%	0,0%	-0,7%	-3,1%	4,5%
28	Wolfen	48,1%	32,8%	23,7%	21,1%	5,0%	5,5%	4,5%	8,0%	-5,1%	0,5%	0,3%	-2,2%	3,1%
29	Bitterfeld	47,0%	34,1%	22,9%	19,2%	6,2%	5,5%	5,2%	3,3%	-3,9%	1,5%	-2,4%	-1,8%	3,0%
30	Quedlinburg	50,0%	34,0%	22,4%	20,8%	3,5%	7,4%	4,8%	5,5%	-2,0%	-1,3%	0,2%	-4,4%	3,6%
31	Sangerhausen	49,2%	30,5%	25,5%	20,3%	3,8%	5,8%	6,5%	6,0%	-7,0%	1,5%	1,3%	-4,1%	3,4%
32	Hettstedt	51,3%	29,8%	26,8%	24,8%	3,4%	3,8%	5,6%	7,5%	-7,3%	0,8%	4,8%	-3,0%	1,9%
33	Eisleben	49,1%	27,9%	25,6%	26,6%	3,4%	4,1%	5,6%	1,4%	-5,6%	-0,9%	2,9%	-2,8%	2,1%
34	Saalekreis	53,0%	34,1%	21,4%	19,8%	5,4%	6,1%	4,8%	4,7%	-4,7%	-0,2%	0,5%	-3,1%	3,2%
35	Bad-Dürrenberg- Saalekreis	51,3%	34,4%	22,1%	19,2%	5,0%	6,2%	4,5%	6,9%	-4,5%	-0,1%	-0,3%	-2,9%	3,3%
36	Halle I	47,3%	25,2%	31,5%	22,1%	4,3%	6,4%	4,6%	7,5%	-3,0%	-0,9%	0,6%	-2,0%	3,1%
37	Halle II	53,6%	28,1%	22,5%	21,7%	4,7%	13,4%	2,8%	6,7%	-4,2%	-1,7%	-1,3%	-1,9%	6,3%
38	Halle III	60,9%	27,9%	18,7%	19,7%	4,9%	20,0%	1,9%	8,3%	-5,0%	-1,3%	-2,7%	-2,9%	8,1%
39	Halle IV	47,5%	27,4%	28,4%	22,1%	4,7%	6,9%	4,3%	6,4%	-3,8%	-1,3%	-1,7%	-1,6%	3,7%
40	Merseburg	46,1%	31,4%	25,7%	22,7%	3,7%	6,1%	4,6%	5,2%	-3,7%	0,5%	1,4%	-2,6%	3,3%
41	Querfurt	49,6%	32,6%	24,4%	19,9%	5,9%	4,9%	6,1%	5,0%	-2,5%	0,1%	0,9%	-3,0%	2,5%
42	Nebra	52,6%	32,3%	22,2%	20,1%	4,1%	4,9%	8,4%	5,9%	-3,8%	0,0%	1,2%	-4,2%	2,7%
43	Zeitz	47,2%	32,1%	23,7%	19,0%	4,2%	5,6%	6,4%	7,4%	-3,9%	-1,2%	0,2%	-3,3%	3,2%
44	Naumburg	50,0%	34,4%	22,5%	19,4%	3,8%	6,2%	6,7%	6,6%	-4,0%	-0,6%	0,7%	-3,2%	3,2%
45	Hohenmölsen- Weißenfels	48,3%	30,6%	24,8%	21,6%	3,7%	5,7%	6,6%	7,6%	-1,6%	-1,7%	-1,6%	-2,5%	3,2%

Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis. hkahrs 2011

Anlage II: Das Ergebnis in den Kreisfreien Städten und Kreisen

In den politischen Einheiten des Landes liegt die CDU fast immer deutlich auf Platz 1. Vereinzelt schafft es die SPD, DIE LINKE auf Platz drei zu verdrängen. In den kreisfreien Städten erzielen die Grünen zweistellige Ergebnisse. Im Burgenlandkreis, im Kreis Harz und Südharz erreicht die NPD 5% und mehr.

Wahlkreise	Kreisfreie Städte	Wahlbeteiligung	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	Sonsti
26, 27	Dessau-Roßlau	52,8%	32,1%	24,0%	20,1%	3,3%	9,5%	4,0%	7,1%
36, 37, 38, 39	Halle (Saale)	52,9%	27,3%	24,2%	21,2%	4,7%	12,9%	3,2%	6,5%
10, 11, 12, 13	Magdeburg	56,9%	29,8%	23,8%	24,0%	2,9%	10,0%	3,2%	6,2%
Kreise									
01, 02	Altmarkkreis Salzwedel	50,3%	30,5%	25,4%	22,6%	4,8%	7,4%	4,3%	4,9%
22, 23, 28, 29	Anhalt-Bitterfeld	48,2%	32,6%	24,3%	20,0%	4,7%	5,6%	4,8%	8,0%
07, 08, 09, 20	Börde	51,6%	34,6%	21,5%	21,8%	4,3%	5,7%	4,7%	7,4%
42, 43, 44, 45	Burgenlandkreis	49,4%	32,3%	23,3%	20,0%	4,0%	5,6%	7,0%	7,7%
14, 15, 16, 18, 30	Harz	51,3%	34,2%	22,5%	22,2%	3,2%	7,1%	5,0%	5,8%
05, 06, 23	Jerichower Land	51,5%	35,1%	22,4%	22,8%	3,4%	6,0%	3,8%	6,5%
31, 32, 33, 41	Mansfeld-Südharz	49,8%	29,4%	25,9%	23,6%	3,7%	4,7%	6,0%	6,7%
34, 35, 40, 41	Saalekreis	49,9%	33,4%	23,2%	20,4%	4,9%	5,9%	4,8%	7,4%
17, 18, 19, 20, 21, 22	Salzlandkreis	47,1%	33,2%	25,0%	21,1%	3,9%	5,5%	4,9%	6,5%
03, 04, 05	Stendal	50,1%	34,8%	25,5%	21,7%	2,9%	5,7%	4,6%	4,9%
24, 25, 27	Wittenberg	53,8%	39,6%	21,1%	18,7%	3,1%	5,1%	4,3%	8,1%

Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis. hkahrs 2011

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er arbeitet derzeit für DIE LINKE als Staatssekretär Senat von Berlin. Er lebt zugleich in Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 20./21. März 2011 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *